

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Anschluß für den Bezirk Nagold und für Allensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementpreis: wöchentlich 10 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Abnahme der Zeitung infolge ihrer Gewalt oder Betriebsänderung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Preis der inneren Post 8 Pfennige. — Für telephonisch eilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 190.

Allensteig, Donnerstag den 14. August.

Jahrgang 1924

Politische Streiflichter.

In London sind die Hoffnungen gefallen, sie werden aber wieder steigen, wenn der Preis, den Herriot für die Räumung des Ruhrgebietes verlangt, vollends bekannt wird. Schließlich bleibt die Hauptsache, daß der Pariser Ministerrat vom Sonntag in Herriots Willen und Vorschlag der Räumung der Ruhr einwilligte. Daß eine Hinausschiebung der Ruhräumung um ein Jahr für Deutschland nicht annehmbar ist, liegt auf der Hand.

Die gegenwärtigen „Meinungsverschiedenheiten“ betreffen zwei Dinge, die miteinander eine zeitlang in Zusammenhang gebracht wurden. Einmal wird gegenwärtig in London im Anschluß an das Sachlieferungsabkommen des Berichtes des 3. Ausschusses die Frage der wirtschaftlichen Annäherung der französischen und der deutschen Industrie besprochen, Verhandlungen, aus denen wohl die vorläufigen Konturen eines kommenden französisch-deutschen Handelsvertrages sich abheben lassen. Beide Nationen ziehen daher weitere Sachverständige bei. Dabei möchte Frankreich die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag verlängert sehen, während Deutschland begreiflicherweise auf seine Leistungsmöglichkeit und seine Lebensinteressen sehen muß. Eine Einigung konnte noch nicht erzielt werden. Die Frage will gründlich überlegt sein. Denn ein Handelsvertrag bindet uns für weitere Jahre, die unserer Wirtschaft schwer schaden können. Die andere Frage ist die der militärischen Räumung. Diese Frage soll nun mit der Militärkontrolle in Zusammenhang gebracht werden. Anscheinend ist dafür auch Macdonald gewonnen. Das würde für Deutschland eine schwere Sache sein, würde die Besetzung verlängern und die Militärkontrolle erneut verschärfen.

Die Verfassungsfeier im Reiche erhielten vielfach parteipolitischen Anstrich. Das bleibt zu bedauern. Sehr würdig war die im Reichstag, wo der frühere demokratische Führer Dr. Peteren-Hamburg sprach. Er betonte: Ein Volk ist die lebendige Schöpfung aller, die es umfaßt; es fühlt, wie die fühlen, deren Leben mit ihm verwoben ist. Darum bedarf es, wie beim einzelnen Menschen, der Stunde des Sammelns. Wir wählten den 11. August zu einem solchen Tage der Einkehr, weil er mit der Erinnerung an die Gestaltung einer Ordnung deutschen Gemeinschaftslebens verknüpft ist, die das deutsche Volk mündig gesprochen hat. Wir waren damals ein Volk, dessen alte Ordnung unter der Gewalt eines furchtbaren Krieges zerbrochen war. An Stelle des noch in London weilenden Reichstages trat Marx ergriff der Vizekanzler Dr. Jarres das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte: Soll die Weimarer Verfassung lebendig werden und wirken, so muß ihr die Möglichkeit organischer Entwicklung bleiben. Aber die Weimarer Verfassung ist unsere Verfassung, und deshalb haben wir sie alle zu achten und zu wahren. Ich lege Wert darauf, im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir entschlossen sind, in der Lage sind, mit allen Mitteln die Verfassung gegen jeden Versuch gewalttätiger oder gewalttätiger Aenderung zu schützen, mag dieser Versuch kommen, von welcher Seite er will. In den Stürmen unserer Tage gilt es, das nackte Leben der Nation und ihrer staatlichen Einheit zu retten. Das deutsche Volk hat in dem Glanz eines Zusammenbruchs ohnegleichen, wo Verzweiflung mit ihren letzten Folgen begrifflich gewesen wäre, sich doch auf sich selbst besonnen und vor dem Außersten Festung und Haltung gewonnen. Auch jetzt stehen wir wieder vor wichtigen Augenblicken unseres Schicksals. Die Augen der ganzen Welt sind auf die Verhandlungen in London gerichtet. Deshalb gilt mit unserem Danke auch der herzlichste Wunsch unseren Vertretern über dem Kanal, daß es über ernsten Verantwortungsbewußtsein Arbeit gelingen möge, das Leben und die Ehre des deutschen Volkes zu sichern. Es sei auch hier gesagt, daß Deutschland die unzulässig schweren Lasten, die das jetzt zu internationalen Verhandlungen stehende Sachverständigengutachten ihm zumutet, nur dann zu tragen in der Lage ist, wenn es wenigstens die schmalen Freiheiten wieder erhält, die ihm der Friedensvertrag ließ, und wenn unsere Staatshoheit und Wirtschaft vor weiteren Knebelungen gesichert wird.

Die beiden Verträge zwischen Großbritannien und Nordirland und dem Bund der russischen Republik sind als Beibehaltung ausgegeben worden. Die Bezeichnung „Verträge“ geht über den Charakter dieser Schriftstücke weit hinaus; „Vorschläge für zukünftige Verhandlungen“ wäre

jedenfalls die richtigere Bezeichnung gewesen. In einem Vertrag erwartet man die Umschreibung von Pflichten und Rechten; von all diesen wird nur insofern gesprochen, als sie Gegenstand späterer Vereinbarungen sein sollen, und ganz und gar abhängig von der Genehmigung des englischen Parlaments. Nach der Geschäftsordnung müssen Verträge, ehe sie in Kraft treten, 21 Tage lang im Parlament auflegen; wird kein Einspruch erhoben, so werden sie bindend. Daß die Regierung trotz des scharfen Angriffs heute schon ihre Unterschrift auf diese Verträge setzt, die in ihrer jetzigen Form nicht die geringste Wahrscheinlichkeit einer Annahme haben, gibt zu vielen Vermutungen über diese Eile Anlaß; es müssen gewiß gewichtige Gründe gewesen sein, die einen solchen Wechsel notwendig machten und rechtfertigen. Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man dieses Geheimnis mit ersten politischen Erwägungen zu erklären sucht. Lord Birkenhead erklärte in einer Rede, seiner Ansicht nach bestehe nicht die geringste Aussicht, daß der englisch-russische Vertrag die Zustimmung des Parlaments erhalte. Eine der amerikanischen Regierung nahe stehende Stelle bezeichnet das englisch-russische Übereinkommen als eine erneute Warnung an die Adresse der Vereinigten Staaten und erklärt, daß Amerika vor dem „russischen Betrug“ auf der Hut sein müsse. Das Übereinkommen solle jenen amerikanischen Handelskreisen, die auf die Wiederaufnahme der normalen Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland drängten, als Zeichen dienen, daß der Gewinn vollständig in den Händen Rußlands bleibe.

Aus dem Balkan kommen Nachrichten, die zwar noch nicht zu beunruhigen brauchen, aber doch von einer wachsenden Unruhe unter den Balkanvölkern Kunde bringen. In Bulgarien und großen Teilen Rumäniens ist der Belagerungszustand verhängt. Bulgarien hat eine Anzahl Freiwilliger eingestellt und in Bukarest und Belgrad erblickt man darin eine Verletzung der Friedensverträge, mit der sich die Völkerkonferenz in Paris zu befassen habe. Es kann kein Zweifel bestehen, daß die bulgarische Regierung dabei nur an die Möglichkeit innerer Kämpfe gedacht hat. Der Belagerungszustand richtet sich in erster Linie gegen kommunistische Umtriebe. Seit einiger Zeit nimmt die kommunistische Agitation unter den bulgarischen Bauern großen Umfang an. Daß diese Agitationswellen von der Senbelsation Moskau ausgehen, ist eine Tatsache, die am wenigsten in Rußland gezeugt wird. Was will die kommunistische Internationale? Ihr Wortführer Sinowjew läßt von Zeit zu Zeit seine Signale zur Weltrevolution ertönen. Die unerquicklichen wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Zustände in den Balkanstaaten scheinen offenbar einen sehr geeigneten Boden für den Samen der Weltrevolution abzugeben. Aber vielleicht täuschen sich die russischen Sämannen über den Weizen, der aus ihren Körnern aufblühen könnte.

Vor letzten Entscheidungen in London.

Eine Konferenz ohne die Deutschen. — Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen.

London, 13. Aug. Eine Neuentdeckung bestätigt die gestern stattgefundene Konferenz der Alliierten ohne die deutsche Delegation. Der erste Bericht wurde angenommen. Hinsichtlich des Berichtes des zweiten Ausschusses erklärte Macdonald, die Frage der Linnestie sei noch nicht geregelt. Hinsichtlich des Berichtes des dritten Ausschusses sei der Hauptstreitpunkt die Lieferung von Farbstoffen. Es sei eine Zusatzbestimmung getroffen worden, daß bei der Beratung über die Übernahme von Sachleistungen ge bührend Rücksicht auf die innerdeutschen Bedürfnisse genommen werden müsse. Macdonald erklärte, daß eine weitere Konferenz nicht notwendig sei, bevor die Schlichtung der allgemeinen Konferenz stattfinden könne, bei der auch die Deutschen vertreten sein würden.

London, 13. Aug. Wie verlautet, sind die Arbeiten der Konferenz so weit vorgeschritten, daß von denjenigen Dingen, die die drei Kommissionen betreffen, nur noch die Frage der Sachlieferungen aussteht, die auf der Vollkonferenz erörtert werden soll. In der Konferenzsitzung am Dienstag scheint man eine sehr entschiedene sachliche Auseinandersetzung über die Frage gehabt zu haben, wie weit das Sachverständigengutachten dem Transferkomitee das Recht gibt, langfristige Anlagen in Deutschland zu machen. Die vier Mitglieder des Daweskomitees scheinen der Auffassung der deutschen Delegation nicht entsprochen zu ha-

ben, die darum ersuchte, daß bezüglich der Auslegung dieser Bestimmungen die Konferenz selber der deutschen Delegation eine Erklärung abgibt. Reichsfinanzminister Dr. Luther vertrat nachdrücklich den deutschen Standpunkt. Es wurde erreicht, daß eine Spezialkommission von zwei Delegierten jeder der beteiligten Nationen zusammentrat, um festzustellen, wie weit die Rechte des Transferkomitees nach dem Wortlaut des Gutachtens gehen. Wie verlautet, sind die deutschen Sachverständigen in der Lage gewesen, dem Ausschüsse dieser Unterkommision beizutreten. Die deutsche Delegation hat sich vorbehalten, einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Industrie von jeder fremden Anlage auszunehmen. In der Frage der Sachlieferungen erklärte sich die deutsche Delegation dem Vornehmen nach bereit, Kohlen und Koks über 1930 hinaus zu liefern, ferner Braunkohle und Stidstoff, weigerte sich aber, in ihren Zugeständnissen weiter zu gehen. Die Entscheidung darüber wird wahrscheinlich in der letzten Vollkonferenz fallen.

Inzwischen wurden von Frankreich auch die handelspolitischen Fragen aufgetischt. Das Schriftstück, das der französische Finanzminister Seydoux dem Außenminister Dr. Stresemann überreichte, enthält die Wünsche Frankreichs wegen der Regelung des handelspolitischen Verhältnisses mit Deutschland. Die französische Auffassung scheint dahin zu gehen, daß, wenn in der Entschädigungsfrage in London eine Regelung getroffen wird, der Friede nicht durch einen etwaigen Zollkrieg gestört werden dürfe nach Ablauf einer Frist, innerhalb der Deutschland die zollfreie Einfuhr von Waren aus Elsaß-Lothringen zu genehmigen habe. Die deutsche Abordnung überreichte einen Gegen vorschlag, der sich von der französischen Auffassung in wesentlichen Punkten unterscheidet. Hierüber wurde zwischen Dr. Luther und Staatssekretär Trendelenburg verhandelt. Es kann angenommen werden, daß die ganze Frage der wirtschaftlichen Handelsbeziehungen Deutschlands in nächster Zeit eine Neuregelung erfahren wird.

Was die mutmaßliche Dauer der Konferenz betrifft, so heißt es, daß auch, wenn eine schnelle Verständigung über die Räumungsfrage erzielt würde, die Herstellung des Protokolls, das die Ergebnisse der Konferenz zusammenfaßt, eine gewisse Zeit beanspruchen wird. Auch umfaßt der „Nat der 14“ nur einen Teil der verbündeten Staaten. Den übrigen wurden die bisherigen Beschlüsse unterbreitet. In englischen Kreisen glaubt man, daß die Konferenz bis Ende der Woche dauern wird.

Neuer bereitet auf den Abschluß der Konferenz vor. Paris, 13. Aug. Dem Sonderberichterstatter der Havasagentur in London zufolge, wird nicht damit gerechnet, daß die Konferenz vor Samstag zu Ende geht. Beim Abschluß der Arbeiten werde Macdonald mit einer offiziellen Erklärung seine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß es in London gelungen sei, eine Ära des Friedens und der Arbeit zu eröffnen.

Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen.

Paris, 13. Aug. Havas meldet aus London über die Unterredung, die zwischen Finanzminister Luther, Staatssekretär Trendelenburg und dem französischen Finanzminister stattfand, die Besprechung bezog sich auf die Bedingungen des deutsch-französischen Handelsabkommens. Es sei vereinbart worden, daß bis zu dem endgültigen Abschluß des Handelsvertrages ein vorläufiger modus vivendi zwischen den beiden Ländern gelten solle. Dieser modus vivendi werde vor dem Abschluß der Londoner Konferenz in den Grundzügen festgesetzt werden. Zu diesem Zweck sei der Direktor des französischen Handelsministeriums, der den Handelsvertrag mit Deutschland bearbeitet habe, nach London berufen worden. Unter Mitwirkung des stellvert. Direktors für die Handelsfragen im Außenministerium, Seydoux, würden die Verhandlungen mit dem deutschen Sachverständigen Trendelenburg eingeleitet. Am 1. Okt. würden sodann in Paris die französischen und deutschen Bevollmächtigten zum Abschluß des endgültigen Handelsabkommens zusammentreten.

Die Räumungsfrage.

London, 13. Aug. Die „Times“ schreibt: Wenn Herriot sich weigerte, die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes zu erörtern, weil sie außerhalb des Bereiches des Dawesplanes und somit auch der Kompetenzen der Konferenz liegt, dann werde diese Frage nicht gelöst. Der Dawesbericht hänge in der Luft und die Konferenz werde scheitern. Man sprach auch von einem Tauschhandel mit dem Versuch, die Zurückziehung der Truppen von besonderten Handelskonzessionen Deutschlands an Frankreich abhängig zu machen. Endlich werde sogar wieder auf den Gedanken einer engen Kombination zwischen der franzö-

